

Information nach Art. 13, 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Zum Zweck der Amtshandlungen der Ausländer- und Einbürgerungsbehörde werden Ihre personenbezogenen Daten erhoben, übermittelt oder in sonstiger Weise verarbeitet.

Die europäische Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) verpflichtet mich, Sie bei Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten über folgende Punkte zu informieren:

| | |
|--|--|
| Verantwortlicher | Stadt Troisdorf Der Bürgermeister Kölner Str. 176 53840 Troisdorf Tel. 02241/900 0 Fax: 02241/900 8030 E-Mail rathaus@troisdorf.de |
| Zuständiges Fachamt | Amt für Soziales, Wohnen und Integration |
| Datenschutzbeauftragter | Stadt Troisdorf Datenschutzbeauftragter Kölner Str. 176 53840 Troisdorf Tel. 02241/900 331 Fax: 02241/900 8331 E-Mail: datenschutz@troisdorf.de |
| Verarbeitungszweck | <ul style="list-style-type: none">• Regelung des Aufenthalts und der Erwerbstätigkeit von Ausländern,• Regelung des Aufenthalts von Asylbewerbern,• Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit,• Ermittlungsvorgänge |
| Rechtsgrundlage | Art. 6 Abs. 1 Buchstaben c und e DSGVO in Verbindung mit §§ 4, 86 Aufenthaltsgesetz, den Vorschriften des Asylgesetzes (AsylG), der Aufenthaltsverordnung (AufenthV) und anderen ausländerrechtlichen Bestimmungen |
| Kategorie der betroffenen Personen | Antragstellende, Personen fremder Staatsangehörigkeit |
| Kategorie der personenbezogenen Daten | Es werden nur die Daten verarbeitet, die unbedingt notwendig sind, um die Aufgaben der Ausländer- oder Einbürgerungsbehörde erledigen zu können. Zu den personenbezogenen Daten gehören z.B. Name, Vorname, Geburtsdatum, Familienstand, Datum der Einreise, Adressen im Bundesgebiet, Kontaktdaten, Angaben zum Ehegatten und zu den Kindern, Voraufenthalte im Bundesgebiet, Sprachkenntnisse und Schulbesuch. |

| | |
|---------------------------------------|---|
| <p>Kategorie der Empfänger</p> | <p>Um ausländer- und einbürgerungsrechtliche Sachverhalte, insbesondere Anträge, abschließend bearbeiten zu können, ist mitunter eine Weitergabe Ihrer personenbezogenen Daten notwendig. Daneben sind einige Stellen von Entscheidungen der Ausländer- oder Einbürgerungsbehörde zu unterrichtet.</p> <p>Eine Datenübermittlung erfolgt deshalb an:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausländerzentralregister (AZR) und andere Ausländerbehörden, • Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), • Bundesamt für Justiz, • Bundesverwaltungsamt, • Bundeskriminalamt, • Auswärtiges Amt, • Gerichte, insbesondere Verwaltungsgerichte, • Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden, • Bundesdruckerei, • Bundesagentur für Arbeit / Jobcenter, • Zollverwaltung, • Behörden (z.B. Botschaften, Konsulate, Polizeibehörden) • Meldebehörden, • Sicherheitsbehörden, • Sozial- oder Standesämter, • Gesundheitsämter, • Jugendämter, • sonstige öffentliche Stellen, die gesetzlich zur Durchführung des Ausländerrechts verpflichtet sind, • sonstige Dritte, an die die Datenübermittlung rechtlich zulässig ist. |
| <p>Verarbeitung</p> | <p>Für die automatisierte Datenverarbeitung werden IT-Verfahren genutzt, die im Auftrag der Stadt Troisdorf zweck- und weisungsgebunden durch Dienstleister in der Europäischen Union (EU) oder dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) betrieben werden. Die Dienstleister sind verpflichtet, die Erfüllung der Vorgaben der DSGVO sicherzustellen.</p> <p>Darüber hinaus werden personenbezogene Daten nichtautomatisiert in systematisierten Akten verarbeitet.</p> |
| <p>Löschfrist</p> | <p>Personenbezogene Daten werden grundsätzlich gelöscht, sobald der Zweck der Verarbeitung entfallen ist.</p> <p>Die gesetzliche Aufbewahrungsfrist bei aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen beträgt 10 Jahre.</p> |

| | |
|--|--|
| <p>Rechte des/der Betroffenen</p> | <p>Recht auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Auskunft (Art. 15 DSGVO), • Berichtigung (Art. 16 DSGVO), • Löschung (Art. 17 DSGVO), • Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO), • Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO), • Widerspruch (Art. 21 DSGVO) |
| <p>Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde</p> | <p>Wenn Sie der Auffassung sind, dass die Datenverarbeitung gegen geltendes Recht verstößt, haben Sie das Recht der Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde.</p> <p>Aufsichtsbehörde für das Land Nordrhein-Westfalen:</p> <p>Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf</p> <p>Tel. 0211/384240, E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de</p> |